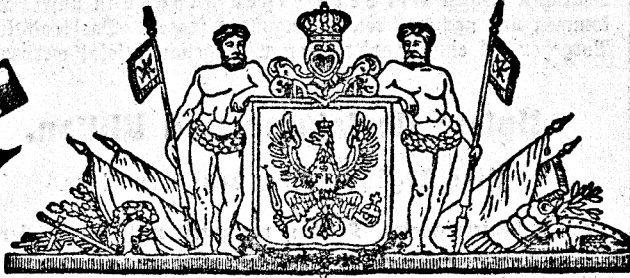


Vossische



Zeitung

Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint zweimal täglich (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen
zur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken:
Finanz- und Handelsblatt, Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr. Für Reise und Wanderung,
Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags Beilage, Allgemeine Verlosungs-Tabelle.

Bezug: in Groß-Berlin monatlich 6 Mark bei täglicher zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich
2,80 M. oder vierteljährig 8,40 M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen Zeile 80 Pf. u. 40 %, Teuerungszuschlag.
Familienanzeigen 1 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.
Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion
(mit Ausnahme des Handelstells): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11 800,
11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Kein Gewaltfrieden!

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* Genf, 28. Oktober.

Die sozialistischen Vereine, die „Confédération générale du travail“, die Liga der Menschenrechte, die „Coalition républicaine“ und die sozialistische Partei haben ein Manifest veröffentlicht, das folgendermaßen schließt: „Wilson hat die Bedingungen eines Waffenstillstandes präzisiert, der weder eine Täuschung noch eine kurze Nacht sein soll, sondern eine Etappe zum Frieden. Er hat in geschickter Weise von den Antworten der feindlichen Regierungen Kenntnis genommen und hat in Deutschland selbst Unruhe aufkeimen lassen. Um den Gedanken der „Confédération générale du travail“ konstatieren wir, daß er die Garantien formuliert hat, die dazu bestimmt sind, den alliierten Ländern Gewißheit zu bringen, daß der Schaden, der ihnen zugefügt worden ist, repariert werden soll, daß die Völker, die jetzt dem Geßel des Stärkeren unterworfen sind, befreit werden sollen, und daß die Möglichkeiten eines neuen Krieges definitiv beseitigt werden sollen.“ Jede andere Auffassung würde die entscheidende Opposition seitens der demokratischen Kreise in allen anderen Ländern finden. Die unterzeichneten Organisationen und Vereine erwarten also von der französischen Regierung, daß sie in Übereinstimmung mit den anderen alliierten Regierungen und Herrn Wilson beschließt, dem Waffenstillstandsangebot der Zentralmächte die energische, aber auch die vernünftige Antwort („la plus sage“) zu erteilen, die einzig von den wirklichen Interessen der Völker inspiriert ist.

* Genf, 28. Oktober.

Der sozialistische „Populaire“ schreibt unter dem Titel „Am hellen Tage“: „Wilson hat sich nochmals von dem Druck derjenigen befreit, die hier und anderswo ihn aufforderten, Max von Baden nicht zu antworten, und den Notenwechsel abzubrechen. Wenn sie auch gute Miene zum bösen Spiel machen, so sind sie doch enttäuscht und unzufrieden. Diese Herren fangen an, zu verstehen, daß sie nicht mehr in der Welt mitzählen können. Im Grunde hat jede der amerikanischen Antworten ihnen eine neue Enttäuschung bereitet. Die einleitende Phase der Unterhandlungen ist jetzt abgeschlossen. So hat das Proletariat von beiden Seiten das Recht zu verlangen, daß jetzt alles am hellen Tage sich abspiele. Wenn man anderen die Praktiken der Demokratie auferlegen will, so muß man sie zunächst selbst respektieren. Wilson wird die alliierten Mächte fragen, ob sie die Friedensbedingungen annehmen, welche er diktiert hat und denen Deutschland zugestimmt hat. Die französischen Sozialisten haben vergebens versucht, darüber Aufklärung zu bekommen. Amerika wird ohne Zweifel glücklicher sein; aber auf jeden Fall ist es notwendig, daß die Unterhandlungen nicht vertraulich bleiben, und daß die verschiedenen Strömungen der öffentlichen Meinung über diesen Gegenstand zum Ausdruck kommen können. Hoffen wir, daß das französische Volk ebenso wie das englische und das italienische, das Recht erhalten wird über sich selbst zu verfügen und daß nicht zwei Duzend Persönlichkeiten zehn Millionen Menschen durch geheime Beratungen festlegen können.“

In einem anderen Artikel sagt der „Populaire“, daß sich die Extremisten in Frankreich sowie in England und Italien freuen, daß die Alliierten jetzt das Wort haben. „Für gewisse Vöcher“, schreibt das Blatt, „die es nicht nur in Deutschland gibt, bedeutet „Recht“ das Faustrecht und die Gesellschaft der Nationalen ist für sie nur eine fruchtbringende Vereinigung der Imperialisten, die unter sich teilen, was sie bekommen können. Demgegenüber hat die sozialistische Partei die Pflicht, sich von diesen Herren loszutrennen. Es muß ihre hauptsächlichste Sorge sein, in keiner Weise für das Uebel verantwortlich zu werden, das angerichtet werden könnte. Sie will nicht die Verantwortlichkeit für einen imperialistischen Frieden übernehmen.“

Auch das „Journal du Peuple“ verlangt Bekanntgabe der Friedensbedingungen. Das Blatt schreibt: „Der Krieg ist eine zu ernste Sache, er interessiert zu viele Nationen der Entente, als daß die Streitenden nicht am hellen Tage ihre Verantwortlichkeit übernehmen müßten. Wir befinden uns jetzt gegenüber den Bedingungen Wilsons. Wollen wir sie zu den unfrühen machen? Das müssen wir vor allem wissen. Restitutions, Reparationen, Garantien, diese drei Worte schließen die Idee einer Annexion und einer Unterdrückung aus. Das Volk, das arbeitet und kämpft, erwartet mit der größten Erregung die Entscheidungen der Diplomaten in der Hoffnung, daß diese die Wiedergeburt der Welt bezeichnen werden.“

os Rotterdam, 28. Oktober.

Der Londoner Korrespondent des liberalen „Manchester Guardian“ drahtet seinem Blatte: Die Auffassung am Sonntag in London ging dahin, daß die deutsche Antwort an Wilson das Ende des Krieges bedeute. Die Türkei sei erledigt, Oesterreich-Ungarn habe aufgehört zu bestehen. Dazu komme die deutsche Antwort auf die jüngste Note des Präsidenten, die einer Annahme

der Wilsonschen Bedingungen gleichkomme. Im Leitartikel sagt das Blatt: „Die Ausichten auf einen Frieden werden heller, alles bewegt sich in der Friedensrichtung. Deutschlands Note, womit Wilsons frühere Noten so gut wie angenommen werden, bereite den Weg für die definitive Aufstellung der Waffenstillstandsbedingungen vor. Die ganze Debatte, die auf die Mitteilungen des Reichskanzlers im Reichstag, gefolgt ist, beweist, daß Deutschland alles bewilligen wird, was Wilson verlangt hat, wie bitter es auch manchem ankommen möge. Die neue Phase kommt nun, wenn die Alliierten ihre Bedingungen des Waffenstillstandes aufstellen. Aber ehe Deutschland sich entwarfnet, hat es ein Recht, zu wissen, auf welcher Grundlage der Frieden geregelt werden soll, mit anderen Worten: Die Präliminarien für den Frieden müssen in den Bedingungen des Waffenstillstandes aufgenommen sein. Was Amerika betreffe, sei dies schon geschehen. Das Blatt wendet sich jetzt an die Alliierten mit der Aufforderung, ihre Bedingungen bekanntzugeben.“

Straßenkämpfe in Budapest.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

v Budapest, 28. Oktober.

Heute abend 9 Uhr fand eine von der Karolyipartei in Szene gesetzte Versammlung statt. Man beschloß nach Ofen zu ziehen, um dem Erzherzog Joseph die Krone vorzutragen, Karolyi zum Ministerpräsidenten zu ernennen. Zwei Militärkorps wurden von der Menge durchbrochen. Beim dritten Korps, bei der Kettenbrücke, die nach Ofen führt, fand ein heftiger Zusammenstoß statt. Mit Gewehrfeuer, Maschinengewehren und Bajonetten wurde die Menge zurückgedrängt. Es gab eine große Anzahl Tote und Verwundete. Die Kämpfe dauern noch fort. Nähere Einzelheiten fehlen. Die republikanische Bewegung gewinnt immer mehr die Oberhand und man hat einen allgemeinen Arbeiteraufstand zu erwarten.

Türkisches Sonderfriedensangebot.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* Genf, 28. Oktober.

Das „Journal de Genève“ veröffentlicht eine Depesche aus Bern, die besagt, die türkische Gesandtschaft in Bern habe am Freitag morgen der französischen Botschaft und der englischen Gesandtschaft eine Note der türkischen Regierung an die französische und die englische Regierung überreicht, in der sie Waffenstillstand sowie Verhandlungen über einen Frieden verlangt.

Konstantinopel, 28. Oktober.

Das Blatt „Aksam“ meldete gestern von berufener Seite, daß offizielle Verhandlungen der Türkei mit der Entente begonnen hätten. Delegierte seien mit General Tommasehen abgereist. Die Nachricht beschäftigt heute die Presse und wird meist in anerkennendem Sinne besprochen. Viele geben sogar schon die Bedingungen bekannt. „Tanin“ erklärt dagegen, alle derartigen Nachrichten, auch aus offizieller Quelle, als reine Vermutungen. Es sei anzunehmen, daß eine amtliche Persönlichkeit derartige Meinungen gegeben habe, um das aufgeregte Publikum zu beruhigen. Wahr scheinlich zu sein, daß Verhandlungen inoffiziell eingeleitet sind. Eine feindliche Gegenäußerung sei gestern eingelaufen.

„Tanin“ erklärt, man könne nur versichern, daß die offiziellen Kreise hoffnungsvoll gestimmt seien. Einige versichern, daß die feindlichen Bedingungen günstig seien und ein Abschluß bevorstehe. Andere erwarten tagelange Verhandlungen und glauben, daß die Bedingungen schwer seien. Nach den vorliegenden Äußerungen scheint man zu wünschen, daß die Meerengen geöffnet werden und die Flotte einfahre, ohne, bis auf eine kleine Abteilung zur Ueberwachung der Demobilisation, eine Landung zu unternehmen. „Seman“ nennt die Bedingung der Bildung eines Gendarmeriekorps zur Sicherheit sowie der Bestrafung gewisser Personen eine ungebührliche Einmischung in türkische Angelegenheiten. „Sabah“ erwartet ein Weiterkämpfen Deutschlands und begrüßt es, daß die Türkei ihr Schicksal von dem Deutschlands getrennt habe. Das Blatt verlangt gefällig ein sofortiges Ausschalten des deutschen Militärs aus dem türkischen Heere, da die Feinde sonst nicht an die Ehrlichkeit des türkischen Friedenswillens glauben würden. „Idam“ spricht für eine Loslösung von dem Komitee und eine Neuorientierung der Komiteepolitik.

Der deutsche Abendbericht.

Berlin, 28. Oktober. (Amstlich.)

Keine größeren Kämpfe. Südlich der Schelde, am Duse-Kanal und am Gouche-Abschnitt scheiterten heftige Seilangriffe des Gegners.

Gesamtdeutsche Nationalversammlung.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Ludwig Duesel vertritt öffentlich in der heute erscheinenden Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ einen Aufsatz, worin die positive Seite entwickelt wird, die das Selbstbestimmungsrecht für die Entwicklung der deutschen Nation hat, und die Grundlage zu des Teilnahme an einer Zusammenfassung Kontinentaleuropas führt. Von besonders hohem Interesse ist die Anregung Duesels, eine konstituierende Nationalversammlung der deutschen Nation zu bilden, die ihr die künftige Einheit geben soll. Wir geben nachstehend die wesentlichen Stellen des höchst bemerkenswerten Artikels wieder.

Will man eine Lehre aus den letzten Jahren ziehen, so wird man sagen müssen, daß die Nationen sich überall weit stärker erwiesen haben als die Staaten. Das autokratische Rußland brach auch deshalb so hilflos zusammen, weil es das Recht der Nationen systematisch verneint hatte. Auf den Trümmern des autokratischen Imperiums nahmen dann die freien Völker Rußlands Platz, denen es wohl gelungen wäre, haltbare Lebensformen für ein stilles, auf nationalstaatlichen Grundlagen errichtetes föderatives Imperium zu schaffen, wenn nicht die Gewalttate der kurzzeitigen Behrman-Rüchmannschen Handelskammerpolitik sie daran gehindert hätten. Was den freien Völkern Rußlands, wenn auch vielleicht erst nach vielen Reibungen und Fehlgriffen, hätte gelingen können, war bei den Nationen der Donaumonarchie von vornherein zum Mißerfolg verurteilt. Im Gegensatz zum alten und neuen Rußland drängten die Randvölker der Donaumonarchie ganz naturgemäß anderen staatlichen Gemeinschaften zu.

Wird nun aber an die Stelle des österrömischo-ungarischen Reiches nichts anderes treten? Daß die deutschösterreichischen Landbestände ihre Wiedervereinigung mit Deutschland erstreben müssen, versteht sich eigentlich von selbst. Es wird Sache einer aus allen deutschen Volksteilen, die sich zu einem neuen Deutschen Reich zusammenschließen wollen, zu bildenden konstituierenden Nationalversammlung sein der deutschen Nation ihre staatliche Einheit zu geben, die Grenzen des Reiches zu bestimmen und so eine wirkliche deutsche Demokratie zu schaffen. Wie sich das Verhältnis des neuen Deutschlands zum tschechoslowakischen Staat gestalten wird, das hängt natürlich noch von mancherlei Faktoren ab, namentlich davon, wie sich diese Staatsbildung vollzieht und welche Beziehungen zwischen Deutschland und seinen Nachbarn im Osten und Westen in Zukunft zu erwarten sind. Der tschechoslowakische Staat kann jedenfalls in wirtschaftlicher Isolierung auf die Dauer nicht leben. Er wird sich, rein wirtschaftlich, entweder an ein vorhandenes Imperium anlehnen oder sich einem werdenden Imperium anschließen müssen. Er kann sich unter den Schutz der angelsächsischen Weltreiche stellen, er kann sich an Rußland anlehnen, er kann einen wichtigen Bestandteil eines neuen Kontinentaleuropas bilden. Verkehrswege und Volkswirtschaft weisen ihn ökonomisch wohl mehr auf Deutschland als auf Rußland hin. Das gilt auch für den neuen magyarisches und den rumänischen Staat, die aus der Friedenskonferenz hervorgehen werden. Nicht zu zweifeln ist auch daran, daß ein Großdeutschland, das in Freundschaft mit dem neuen Rußland lebt, gar keine Reibungsflächen mit dem neuen Großserbien hat. Und wie das alte, so wird auch das neue Italien wirtschaftlich auf Deutschland angewiesen sein.

Für die politische Stellungnahme der romanischen Völker zum neuen Deutschland wird freilich unser Verhältnis zu Frankreich von ausschlaggebender Bedeutung sein. Gemäß Punkt 8 der Wilsonschen Botschaft vom 8. Januar 1918, die von der deutschen Regierung in ihrer Note vom 12. Oktober 1918 vorbehaltlos angenommen wurde, hat sich das deutsche Volk durch seine demokratische Regierung bereit erklärt, „das Unrecht, das Frankreich durch Preußen im Jahre 1871 hinsichtlich Elsaß-Lothringens zugefügt wurde, wiedergutzumachen“. Damit ist die intransigente Haltung Deutschlands, und namentlich der deutschen Völkchen, die die elsass-lothringische Frage durchaus als eine innerdeutsche statt als eine internationale Frage ansehen wollte, und die in dem Ruffe mannschen „Mein Niemals!“ ihren bezeichnenden Ausdruck fand, endlich, endlich aufgegeben. Das kann sich nur so vollziehen, daß das deutsche Volk der elsass-lothringischen Bevölkerung das Selbstbestimmungsrecht bis zur Trennung vom Deutschen Reich zuerkennt, so daß es ihr überlassen bleibt, darüber zu entscheiden, ob sie die Wiedervereinigung mit Frankreich herbeiführen oder einen selbständigen neutralen Staat bilden oder sich an einen anderen Staat anschließen will. Wie auch die Entscheidung der elsass-lothringischen Bevölkerung ausfallen wird: das deutsche Volk wird eine solche freie Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes als Endurteil annehmen.

Was das obrigsteillich regierte Ost- und Mitteleuropa wohl als Ideal erkannte, aber nicht zu verwirklichen vermochte: nämlich die Völker des europäischen Kontinents zu einer wirtschaftlichen Einheit zusammenzufassen, wird dem autokratischen Ost- und